Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung in West-Canada u. wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen in West Canada

THE "SASKATCHEWAN COURIER" is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance. P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 10. April, 1912. | No. 24.

Canadisch-deutscher Handelsvertrag?

Vor Kurzem brachten einige Zeitungen in Deutschland die Nachricht, daß zwischen Deutschland und Canada Besprechungen, resp. Verhandlungen zum Zweck der Vereinbarung eines Handelsvertrages zwischen den beiden Ländern stattfänden. Wir haben uns bisher enthalten, auf diese Gerüchte des Näheren einzugehen, da früher bereits mehrfach derartige Gerüchte aufgetaucht waren, welche sich nachdem als unbegründet herausgestellt hatten; wir beschränkten uns vielmehr darauf, unter den Auslands-Nachrichten dieser Nummer von dem Gerüchte und dessen offizieller Ableugnung von Seiten der deutschen Behörden sowohl als auch durch Herrn Borden Notiz zu nehmen.

Inzwischen ging uns nun die letzte Nummer des „Nordwesten" zu, in welcher dieser Gegenstand zum Thema eines längeren Leitartikels gemacht und die Gelegenheit benutzt wurde, gegen die Laurier-Regierung einige der in jenem Blatte beliebten, vollkommen unberechtigten Angriffe vorzubringen, deren Absicht nur zu durchsichtig ist. Wie fast die gesamte konservative Presse nimmt es unsere Zeitgenossin in Winnipeg mit der Wahrheit nicht sehr genau, wenn sie nur ihren Zweck, die liberale Partei und ihre frühere Amtsführung in den Augen der deutschen Wähler zu verdächtigen, erreichen kann.

Wir stimmen mit dem Wunsche des „Nordwesten" vollkommen überein, daß ein möglichst enger und reger Handelsverkehr zwischen unserem Adoptivvaterland und dem Lande unserer Abkunft erreicht werden möge, und wir sind, wie unsere Zeitgenossin in Winnipeg, davon fest überzeugt, daß Zollermäßigungen auf beiden Seiten und ein daraus resultierender erhöhter Austausch in den Erzeugnissen beider Länder für unsere Farmerbevölkerung von erheblichem Vorteil sein würden. Das Bestreben aber, mit allen nur erdenklichen Mitteln der ehemaligen Regierung in Ottawa etwas am Zeuge zu flicken, verführt das Winnipeger Blatt dazu, seinen Lesern eine ganze Reihe unwahrer Angaben aufzutischen.

„Die Politik, welche die frühere „Dominial-Regierung mit Bezug auf „Deutschland verfolgt hat, war wahrlich nicht im Interesse der canadischen „Getreideproduzenten, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht „Deutschland, sondern Canada der „verlierende Teil war," schreibt der „Nordwesten", verschweigt aber seinen Lesern, daß der Bruch mit Deutschland damals herbeigeführt wurde, damit das für Canada's handelspolitische Selbständigkeit unumgänglich notwendige Prinzip, der vollständigen Unabhängigkeit in der Behandlung seiner ausländischen Handelsbeziehungen, klar zum Ausdruck gebracht werde. Die deutsche Diplomatie hatte Canada das Recht solchen unabhängigen Handelns bestreiten zu können geglaubt, und die einzig mögliche Antwort von Seiten Canada's war dann die Beendigung des früher bestehenden Handelsvertrages gewesen. Darauf hatte Deutschland alle aus Canada importierten Waren nach seinem höchsten Zollsatz zur Versteuerung herangezogen, und als Protest dagegen antwortete Canada mit der Einführung des Zuschlagszolles. Auch wurde dieser Schritt der liberalen Laurier-Regierung damals von der konservativen Partei im Parlament und von der konservativen Presse vollständig gutgeheißen. Daß unter diesen gegenseitigen Belastungen auch der canadische Farmer leiden mußte, war ein leider nicht zu umgehender Nebenumstand, ein Opfer, das unsere landwirtschaftlichen Produzenten ebenso unserer handelspolitischen Unabhängigkeit zu bringen gezwungen waren.

Wer aber tatsächlich am meisten bei diesem Zollkampf verloren hat, kann Niemand klar beweisen, auch nicht der weise „Nordwesten", obgleich er dieses Können für sich in Anspruch nimmt, indem er fortfährt:

„Deutschlands Ausfuhr nach Canada war allerdings seit Einführung „der Surtax zurückgegangen, hatte „aber schon bei Abschaffung desselben „fast seinen früheren Stand wieder „erreicht und betrug vor einem Jahre „zehn Millionen Dollar wert."

Es mag ja an sich ganz richtig sein, daß Deutschlands Ausfuhr nach Canada sich gegen Beendigung der Zollkriegs-Periode beinahe wieder auf die vordem eingenommene Höhe herausgearbeitet hatte; wenn man aber in Betracht zieht, in welch ungeheurem Maßstabe in jenen sieben Jahren sich sowohl die Ausfuhr Deutschlands nach anderen Ländern als auch die Aufnahmefähigkeit Canada's und damit seine Gesamteinfuhr vergrößert hatten, so bedeutet doch der Umstand, daß Deutschland nach den sieben Jahren es kaum auf eine Ausfuhr von $10,000,000 nach Canada hat bringen können, ganz deutlich, daß auch Deutschland unter den obwaltenden Umständen gelitten hat. Unter normalen Verhältnissen wäre Deutschland sicher im Stande gewesen, einen ganz erheblichen Teil des enormen Imports aus den Vereinigten Staaten auf seine eigenen Industrien abzulenken, während eine Konkurrenz unter der Last der Zuschlagszölle ausgeschlossen war. Es ist also ganz hinfällig, wenn man den Umstand, daß Deutschland am Ende der gespannten Verhältnisse fast seine frühere Ausfuhr nach Canada wieder erreicht hatte, dahin auslegen wollte, daß Deutschland nicht erhebliche Verluste durch die Unterbindung des canadischen Marktes erlitten hätte.

Der nächste Paragraph des tiefsinnigen „Nordwesten"-Artikels aber beweist ganz klar, wie wenig der Verfasser desselben in Handels-Angelegenheiten bewandert ist. Derselbe lautet:

„Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß Deutschland noch viele Millionen Waren wert auf dem Wege über England nach hier exportiert hat und zwar unter dem noch besonders günstigen Vorzugstarif, welchen Waren aus dem Mutterlande genießen. Und zwar fallen unter diesen Tarif auch Waren, die nur zu einem gewissen Teil englisches Fabrikat, dort also etwas umgearbeitet oder möglicherweise nur umgepackt sind."

Daß diese Behauptung auf einer gänzlichen Unkenntnis der im Auslandhandel vorherrschenden Formalitäten beruht, geht aus der Tatsache hervor, daß, während des Bestehens der Zuschlagszölle auf deutsche Waren, alle in Canada eingeführten Waren von einer Zolldeklaration begleitet werden mußten, die eine Eideserklärung enthielt, in welcher der Absender beschwor, daß die zur Zulassung unter dem allgemeinen Zolltarif oder dem britischen Vorzugstarif beantragten Waren weder im Ganzen noch in einem wesentlichen Bestandteil deutschen Ursprungs seien. Glaubt der „Nordwesten" etwa, daß die gierige Zollbehörde, welche es so stark auf deutsche Güter und dem darauf lastenden Zuschlagszoll abgesehen hatte, allein nicht in dieses „offene Geheimnis" eingeweiht war? Sollte man denn annehmen müssen, daß die englischen Export-Kaufleute, welche diese viele Millionen wert von Waren deutschen Ursprungs nach Canada unter dem Vorzugstarif versandten, also einschmuggelten, andauernd sich der Gefahr aussetzen würden, außer Konfiszierung ihrer Waren noch wegen Meineids belangt zu werden, den sie durch falsche eidliche Zollerklärungen begingen. Daß solche Fälle hier und da vorgekommen sein mögen, wollen wir durchaus nicht bestreiten; daß es sich dabei aber, wie der „Nordwesten" es hinstellen möchte, um ein ausgeprägtes System und um „viele Millionen" gehandelt habe, ist einfach eine ganz lächerliche Angabe, deren Sinnlosigkeit durch die Behauptung, daß dies ein „offenes Geheimnis" sei, noch des weiteren gekennzeichnet wird.

Dann fährt das Winnipeger Blatt fort:

„Durch Aufhebung des Zuschlagszolles auf deutsche Waren war nun „zwar die damalige Dominial-Regierung zur Einsicht gekommen, aber „etwas sehr spät. Und beeilt hat sie „sich gerade nicht, um sich durch einen „regelrechten Handelsvertrag noch „weitere Vergünstigungen auf dem „deutschen Markt zu sichern."

Auch hierin zeigt es seine Unkenntnis in handelspolitischen Fragen. Zur Ausarbeitung und erfolgreichen Durchführung eines Handelsvertrages, welcher für uns, und wenn möglich auch für die andere Vertragspartei, von Vorteil sein soll — und nur ein solcher hat irgend welchen praktischen Wert und Aussicht auf einige Dauer — gehört eine große Menge statistischen Materials und vergleichender Aufstellungen, Studien über die zwischen beiden Ländern in Betracht kommenden Austausch-Artikel, welche sich nicht im Laufe weniger Monate sammeln lassen; oft haben sich die Vorbereitungen und Verhandlungen zwischen verschiedenen Ländern über Jahre ausgedehnt. Daß die Laurier-Regierung zu solchen Verhandlungen bereit gewesen, hat sie mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß dieselben aber vor ihrem Sturz nicht zustande gekommen sind, kann ihnen wohl nur von einem Blatte zum Vorwurf gemacht werden, das um jeden Preis etwas zu tadeln finden will.

Ebenso unberechtigt wie dieser Vorwurf gegen die liberale Regierung ist aber leider auch das Lob, das der „Nordwesten" Herrn Borden aussprechen möchte, indem er schreibt:

„Nachdem sich nunmehr jedoch die „neue Regierung einigermaßen eingearbeitet hat, ist sie, wie gemeldet „wird, bereit, Verhandlungen über „einen regelrechten Handelsvertrag „mit dem deutschen Konsul für Canada, Herrn Legationsrat Dr. Lang „in Montreal, anzuknüpfen."

Denn wie wir schon bemerkten, ist die Nachricht von den schwebenden Verhandlungen, sowohl von der deutschen Regierung in Berlin, als auch von Herrn Borden dementiert worden. Hoffentlich aber wird der Wunsch aller Deutsch-Canadier nach einer handelspolitischen Annäherung der beiden Länder dennoch in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen.

„Friede in Ehren."

London, 3. April. — „Es wird ein Friede in Ehren sein, und die Leute werden zur Arbeit zurückkehren," äußerte heute Abend der Sekretär des Bergarbeiter-Verbands, Thomas Ashton, doch war er vor vollendeter Zählung der abgegebenen Stimmen nicht in der Lage, die bezüglichen Ziffern anzugeben. Andere heute Abend in London zu der morgigen Verbandssitzung eingetroffene Delegaten sind übereinstimmend der Ansicht daß die Mehrheit gegen Wiederaufnahme der Arbeit zu klein sein werde, den Konflikt zu verlängern.

Die Arbeit in den Kohlengebieten dehnt sich mit großer Geschwindigkeit aus. Beträchtliche Mengen von Bergleuten sind in Staffordshire wieder bei ihrer Beschäftigung, und dem Vernehmen nach werden in diesem Bezirk morgen 20,000 Mann wieder in den Gruben arbeiten.

Eine Illustration der Strömung gab heute einer der nach London gekommenen Führer, Whitfield, indem er den Bergleuten in Bristol telegraphisch die Aufforderung sandte, wieder an ihre Arbeit zu gehen. Die Leute haben der Weisung sofort Folge geleistet und sind bereits wieder in die Gruben eingefahren.

Der Sekretär des Verbands von Midland, das Unterhausmitglied Albert Stanley, hat heute Nachmittag den nationalen Streik tatsächlich für beendet erklärt, indem er in einer Massenversammlung zu Cannock Chase, Staffordshire, sagte, es sei jetzt unmöglich, die nötige Zweidrittelmehrheit für Fortsetzung des Streiks zu erlangen. Er empfehl den Bergleuten des Bezirks, die gegen die Wiederaufnahme gestimmt hatten, unverzüglich wieder an die Arbeit zu gehen, und sie beschlossen, die Tätigkeit heute Abend wieder aufzunehmen.

Voraussichtlich wird in der morgigen Verbandsversammlung der Streik als vorüber erklärt werden.

Auch die Tatsache, daß der König morgen nach Sundringham abreist, um dort die Osterfeiertage zu verleben, gilt als Zeichen dafür, daß die Schwierigkeiten vorüber sind.

Die Kohle, die jetzt gefördert wird, wird hauptsächlich von den Bahnen übernommen, deren Verluste immer größer geworden sind. Die Betriebseinnahmen haben sich in der vergangenen Woche um $3,560,000 vermindert, sodaß der Gesamtausfall für die vier Wochen seit Beginn des Streiks sich auf $11,705,000 beläuft.

In einzelnen Gegenden haben sich heute Krawalle ereignet. In Dunfermline, Schottland, haben Unionleute die Polizei, die die Arbeitswilligen beschützte, mit Steinen beworfen, und in Pontypool, Monmouthshire, wurden den Leuten, die wieder an die Arbeit gingen, die Fenster eingeworfen.

Spiel durchschaut.

Berlin, 2. April. — Die beharrlich in Umlauf gebrachten Meldungen, daß Deutschland sich mit der Absicht einer bewaffneten Einmischung in Mexiko trage, haben zu einer offiziösen Kundgebung in der „Kölnischen Zeitung" Veranlassung gegeben. Das rheinische Blatt erklärt, anscheinend wünsche die gelbe Presse in den Vereinigten Staaten, von welcher jene Meldungen in die Welt gesetzt würden, die Besetzung Mexikos. Sie versuche dieserhalb Deutschland zu verdächtigen, von welchem sie sage, daß es die Absicht habe, ein großes Landungskorps nach Mexiko zu werfen, um den Amerikanern zuvorzukommen.

Derlei Meldungen bezeichnet die „Kölnische Zeitung" als himmelschreienden Unsinn. Ihre Verbreitung würde jedoch in Amerika kaum schädlich sein, denn der Charakter jener Presse sei zur Genüge bekannt.

In der offiziösen Kundgebung wird noch nachdrücklich betont, daß Deutschland's Beschwerde gegen Mexiko kein politisches Einschreiten erheischte.

Die Tunisierung Marokkos.

Der sogenannte Sultan Marokkos hat, nach einer aus Fes nach Paris gelangten Depesche, den Vertrag unterzeichnet, welcher ein regelrechtes französisches Protektorat über das nordafrikanische Scherifat errichtet. Damit ist die Prophezeiung erfüllt, daß de mAbschluß des deutsch-französischen Marokko-Abkommens vom 4. November 1911 ehestens die Tunisierung Marokkos folgen werde. Es hätte des Zusatzes kaum bedurft, daß der in Rede stehende Vertrag mit dem Bardo-Vertrag vom Jahre 1881 identisch sei. Nach letzterem hatte der Bei von Tunis den Franzosen alle Regierungsgewalt übertragen und auf das Recht verzichtet, mit Vertretern fremder Mächte Verträge abzuschließen. Tunis wird seitdem zu Frankreich gerechnet, und seine Verwaltung ist vom französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abhängig. Der tatsächliche Regent ist der französische General-Resident, während dem tunesischen Schattenherrscher das zweifelhafte Vergnügen gegönnt wird, sich regierender Bei zu nennen.

Auch die Voraussagung, daß sich Frankreich und Spanien nicht über die Zonenfrage in Marokko in die Haare geraten würden, scheint sich zu erfüllen. Die Spanier waren von dem Gedanken ausgegangen, daß sie angesichts des ungenierten Zugreifens der Franzosen nicht ganz leer ausgehen wollten. Sie hatten sich mit Rücksicht auf das militärisch weit überlegene Frankreich und das hinter ihm stehende England einer besonderen Zurückhaltung befleißigt, wie denn auch die von ihnen in Besitz genommenen Landtriche eind verhältnismäßig bescheidene Ausdehnung zeigen. Aber die Meinungsverschiedenheiten erreichten doch zeitweise ein recht kritisches Stadium. Erst neuerdings ist Frankreich den Spaniern entgegengekommen, so daß eine Einigung jeden Augenblick zu erwarten ist, und auch von spanischer Seite dem Entschluß Frankreichs, sich in Marokko dauernd häuslich einzurichten, nichts mehr im Wege stehen kann.

So scheinen sich alle möglichen Prophezeiungen erfüllen zu sollen, welche an den Abschluß des deutsch-französischen Marokko-Abkommens geknüpft wurden. Nur eins will nicht in die Erscheinung treten, worauf die unverbesserlichen Optimisten in Deutschland so zuversichtlich gerechnet hatten: die Annäherung der beidn Nachbarländer, die als absolut sichere Folge des Marokko-Ausgleichs von jener Seite erwartet worden war. Dieser Optimismus hängt mit dem idealen Zug zusammen, welcher der deutschen Gesinnung innewohnt. Man träumte schon von dem Anbruch einer neuen Aera, in welcher Michel und Marianne, innig umschlungen, durch die Jahrhunderte wandeln würden. Auf französischer Seite wurden ebenfalls Stimmen laut, die, wenn auch in kühlerem Tone, eine deutsch-französische Versöhnung und Zusammenarbeit lebhaft befürworteten. Aber alle Berichte unabhängiger Korrespondenten sind darin einig, daß die Stimmung in Frankreich seit Jahrzehnten nicht so großsprecherisch chauvinistisch, und so deutschfeindlich gewesen ist, wie gegenwärtig.

Die offenkundige Stimmung birgt die größten Gefahren in sich. Die ernstesten Momente für den europäischen Frieden müssen kommen, wenn es nicht ehestens gelingt, den Krieg zwischen Italien und der Türkei zu beenden. Es scheint beinahe, als ob die nationale Seele Frankreichs im Hinblick auf solche Möglichkeiten bei Zeiten auf den kriegerischen Ton eingestimmt werden soll. Jedenfalls wird der Schutzvertrag mit dem Sultan von Marokko Wasser auf die Mühle der französischen Chauvinisten sein. Deren gesteigertes Selbstgefühl macht jeden Versuch einer Annäherung an Deutschland illusorisch.

Das spricht Bände.

Der canadische Richter Riddell zog einen Vergleich zwischen der amerikanischen und der canadischen Rechtspflege und führte dabei folgendes Beispiel an: Er hatte in London, Ontario, mit Hilfe einer Jury vier Kriminalfälle (darunter einen Mord und einen Totschlagsfall) und elf Civilklagen zu erledigen. Mit ihm zugleich eröffnete ein Richter in Detroit, Mich., die Verhandlungen eines einzigen Strafaktes. Die vier canadischen Verbrecher befanden sich bereits auf dem Wege zum Zuchthause, und die elf Civilfälle waren erledigt, als man in Detroit gerade die Hälfte der Jury zusammen hatte. Weitere Kommentare sind unnötig.

Für's Kronrecht.

Wien, 31. März. — Das gestrige Handschreiben Kaiser Franz Josephs an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Khuen bildet hier die Sensation des Tages. Jetzt erscheint die am Tage der Konferenz mit dem Grafen Khuen erfolgte offiziöse Mitteilung gedeutet, „Ungarn stehe vor den ernstesten Entschlüssen."

Der Kaiser, heißt es, habe dem Grafen Khuen erklärt, und auch aus dem Handschreiben sei dies heraus lesbar, daß er völlig entschlossen gewesen sei, abzudanken, wenn Ungarn auf einer Beeinträchtigung der Kronrechte bestanden hätte.

In dem Schreiben hat der Monarch ausdrücklich betont, er habe nicht die Absicht, die nationalen Rechte Ungarns zu schmälern, im Gegentheil, er wolle sie ungeschmälert wahren, müsse sich aber seine Rechte als souveräner Herrscher ebenso entschieden vorbehalten.

Der ganze Vorgang hat eine tiefgehende Wirkung auf die maßgebenden Amtsstellen ausgeübt.

Wie bitter die Kränkung für den Monarchen gewesen sein muß, das beweist die Tatsache, daß er die Notwendigkeit empfunden hat, auf seine länger als 60jährige Regierung hinzuweisen und darauf, daß er in dieser ganzen langen und oft schweren Zeit stets ein sorgsamer Hüter der Gesetze gewesen.

Wien, 31. März. — Die gestern durch einen Ausdruck des kaiserlichen Vertrauens gegenüber dem Kabinett des ungarischen Premierministers Grafen Khuen-Hedervary beendete Kabinettskrisis hat durch eine Drohung des Kaisers, abzudanken, eine sensationelle Wendung erhalten. Dem Vernehmen nach hat der Monarch in einer der jüngsten Audienzen, die er dem Grafen Khuen erteilte, offen mit Abdankung gedroht, falls nicht gewisse Forderungen in Bezug auf die Wehrvorlagen-Kontroverse unverzüglich aufgegeben würden.

Der Kaiser soll sich dem Premier gegenüber in folgendem Sinne geäußert haben: „Als gekrönter König von Ungarn habe ich fünfundvierzig Jahre lang stets die verfassungsgemäßen inneren Rechte der Nation respektiert. Ungarn hat nie einen besseren Freund gehabt, als mich; und doch werden jetzt plötzlich meine souveränen Rechte angefochten und wird mir Mißtrauen entgegengebracht."

„Gott behüte!" warf der Premier ein. Der Monarch aber fuhr fort: „Jetzt ist nicht der Augenblick für Sentimentalitäten. Ich spreche nach ernster Erwägung."

Die Drohung des Kaisers hatte ihren Anlaß in den beharrlichen Bemühungen der Ungarn, ihre Parlamentskontrolle über die Armee zu erweitern.

Der direkte Streitpunkt war das Recht des Königs, die Reserven einzuberufen, was er nach Auffassung der ungarischen Politiker nur tun kann, wenn das Parlament das Rekrutenkontingent für das laufende Jahr festgesetzt hat. Die Angelegenheit ist von höchster Bedeutung für das ganze Reich, da, falls eine parlamentarische Obstruktion die Bestimmung des Rekrutenkontingents vereitelt, der König außer Stande wäre, zum Ersatz für die Rekruten die Reserven einzuziehen, wenn die ungarischen Ansprüche durchgingen.

Der König ist stets entgegenkommend und bestrebt gewesen, unnötige Reibungen zu vermeiden, nimmt aber in allen auf sein Heer bezüglichen Dingen einen entschlossenen Standpunkt ein. Im vorliegenden Fall übte die Stellungnahme des Monarchen eine sofortige Wirkung auf das Kabinett Khuen aus, das in der strittigen Frage nachgab, dürfte aber politische Führer, wie den Grafen Apponyi und Franz Kossuth, weniger beeinflussen. Diese sind die wahren Leiter der Bewegung, die Armee mehr unter parlamentarische Kontrolle zu stellen.

Berlin, 1. April. — Die angeblichen Aeußerungen des Kaisers gegenüber dem amerikanischen Oberst Goethals bezüglich des Panamakanalbaus werden noch immer auf das lebhafteste erörtert. Von einer der Regierung nahestehenden Persönlichkeit wird mir mitgeteilt, der Kaiser streite durchaus nicht ab, daß er die Frage der Beseitigung des Panamakanals mit Oberst Goethals besprochen habe. Dagegen habe der Monarch auf keinen Fall seine Aeußerungen gegen Japan und England zugespitzt. Im Gegenteil habe der Kaiser solches abgewiesen. Das Wort des Kaisers genüge gegen Goethals, falls dieser weiter auf der Authentizität seiner Angaben bestehe. Möglich sei es aber auch, daß Goethals' Mitteilungen durch die „Associierte Presse" und das Londonzer Bureau unrichtig und unvollkommen hergekabelt seien.

Französische Volks- und Heeresstimmung.

Unter obigem Titel schreibt man einer deutschen Zeitung aus Paris am 11. März Folgendes:

Pariser Frühjahrsparade! Wer kannte das Wort vor Jahresfrist? Niemand! Und heute zündet es wie brennendes Feuer. Ja, gab es denn bisher überhaupt eine derartige Veranstaltung? Wenn man von „Parade", von der „Revue" sprach, dann meinte man immer und mit einer gewissen Selbstverständlichkeit die große Truppenschau des 14. Juli, des Nationalfeiertages, die in Gegenwart der Regierungsmitglieder und des Staatsoberhauptes auf dem Rennfelde von Longchamp im Bois de Boulogne abgehalten wird. Aber von einer Frühlingsparade redete kein Mensch. Und doch bestand die Sache schon seit langen Jahren. Das aber ist gerade das Charakteristische an der Geschichte, daß bisher niemand von dem militärischen Schauspiele Notiz nahm, es seien denn die paar „Schlachtenbummler", die nirgends in einer Großstadt fehlen, während sich gestern eine wahre Völkerwanderung aus den östlichen Toren der Stadt nach dem Bois de Vincennes wälzte.

Für den Kenner hiesiger Verhältnisse und Stimmungen bedeutet dieser Umschwung mehr als eine bloße Volkslaune oder Modesache. Er bedeutet sehr viel: ein nicht spontanes, sondern von langer Hand her vorbereitetes Wiedererwachen alter französischer Hoffnungen und Strebungen, das zunächst in dem sicheren, felsenfest wurzelnden Gefühle sich ausdrückt: „Wir haben wieder eine Armee, und diese Armee ist unbesiegbar!" Seit vielen, vielen Jahren hat man in Frankreich keine derartige Siegeszuversicht und sogar Kriegsfreudigkeit gesehen wie jetzt. Es ist nicht allein das Auftauchen der Luftschiffe und Aeroplane, nicht bloß die mehr oder weniger von der Hoffnung auf klingenden Gewinn eingeflößte Zeitungsmache zugunsten der Schaffung einer ungeheuren französischen Luftflotte. Es ist die in allen Klassen des Volkes verbreitete Ueberzeugung, daß Frankreich so gut gerüstet sei, wie noch nie seit 1871, daß es voller Vertrauen allen Eventualitäten entgegensehen könne, und sich von niemand mehr „etwas gefallen zu lassen brauche". Und bei vielen, bei sehr vielen steigert sich diese Ueberzeugung bis zu der Erwartung und Hoffnung, daß sich die Worte der „Marseillaise" in nicht ferner, ja vielleicht schon recht naher Zeit bewahrheiten werden: „Le jour de gloire est arrive. . . ."

Ueber die gestrige Parade selbst ist nichts zu sagen, was nicht schon unzählige Male von ungezählten anderen französischen Truppenrevuen gesagt worden wäre: die Sache verlief, wie immer, „glänzend", umso „glänzender", als zu der üblichen Kavallerieschlußattacke noch ein wilder, regellund zügelloser Infanteriesturmangriff trat, wert, durch den Kinematographen „verewigt" und in sämtlichen „Kientopps" von Europa und Amerika vorgeführt zu werden. Daß die drei kleinen Lenkballons und die acht Militärflieger helle Begeisterung auslöften, versteht sich ebenso von selbst und bedarf daher keiner weiteren Ausführung.

Nein, nicht daran, nicht in all diesem eher kindlichen militärischen Firlefanz, der sich zur wirklichen Kriegsvorbereitung ungefähr so verhält, wie der Münchener Bilderbogen zur Generalstabskarte, liegt die hohe Bedeutung der gestrigen Veranstaltung, sondern einzig und allein in dem Eindrucke, den die Sache auf die französische Bevölkerung hervorbrachte. Dieser Eindruck aber war groß, und er wird nachhaltig sein; er ist der sichere Gradmesser hiesiger Stimmungen und Willensrichtungen. Der Schreiber dieser Zeilen hat Jahre hindurch jene künstlich gemachte Armeevergötterung mit angesehen, die während der Dreyfusperiode aufkam, und es war ihm und anderen Beurteilern nicht schwer, damals die ganze Hohlheit und militärpolitische Bedeutungslosigkeit jener Mache zu erkennen. Kein Roßhaarschweif, keine rote Hose konnten sich auf der Straße blicken lassen, ohne sofort den von ein paar „Fünfgroschenjungen" — gemietetem Pöbel — ausgestoßenen Ruf „Vive l'armee!" auszulösen. Aber dahinter stand nichts, es fehlte eine von ihrem innersten Wesen zerwühlte, moralisch verkommene, von einem gänzlich unfähigen Offizierkorps befehligte Armee, deren Befehlshaber ihren einzigen Daseinszweck darin erblickten, sich gegenseitig zu befehden und auszuspionieren. Die Armee von 1898 war nicht gefährlich, und ebenso wenig war es die damalige französische Volksstimmung, so fremdenfeindlich sie sich war.

Ganz anders aber steht es jetzt. Das Heer ist in fast jeder Beziehung reorganisiert, verstärkt, besser ausgerüstet worden; seine Offiziere zeigen eine Kohäsion, wie man sie vielleicht seit Napoleon I. Tagen nicht mehr gesehen hat. Fast alle sind überzeugte Republikaner, und die wenigen, die es nicht sind, stehen einig mit den anderen zusammen zu dem Drang, nur dem Vaterlande zu dienen. Möglich, wahrscheinlich sogar, daß die Royalisten und Bonapartisten unter ihnen denken: kommt erst der Krieg, dann gelangen wir obenauf. Eine Republik kann sich im Kriege kaum halten. Eine Militärdiktatur oder die Rückkehr der Monarchie erfolgt dann gewissermaßen automatisch, wie immer der Krieg auch ausgehen möge! Diese Hintergedanken schwächen aber das Heer nicht, ganz im Gegenteil. Sie bilden die verborgene Feder, die zum Kriege treibt, die das Heer zu immer neuen Anstrengungen veranlaßt, indem sie ihm und seinen Mitgliedern Erfolge, Ehren, Auszeichnungen, Vorteile aller Art in Aussicht stellen.

Noch beachtenswerter sind die Vorgänge, die man gestern tagsüber im Volke beobachten konnte. Keine heereisfeindliche Stimme wagte sich zu erheben, kein Mißton wurde laut! Ob Bürger oder alter Adel, ob Bauer aus der Umgegend oder Fabrikarbeiter, ob Radikaler oder Gemäßigter oder selbst roter Sozialist: alles jubelte dem Heere zu, in dem jedermann offensichtlich den Retter, den Rächer erblickte! Man muß die Volksbegeisterung hier am Orte gesehen, die Gespräche der „kleinen Leute" gehört haben, um die Stimmung richtig beurteilen zu können. Das war nicht die Überall, selbst im demokratischen und plutokratischen Amerika, gelegentlich zutage tretende Freude am bunten Rocke, am den schmetternden militärischen Märschen, an dem ganzen „Tschingderassassa" — das war aus tiefstem Herzen kommende patriotische Freude, ehrliche Begeisterung, unverhohlene Zukunftshoffnung!

Und diese Stimmung, die jetzt in ganz Frankreich, von Dünkirchen bis nach Bayonne, vom Kap Finistere bis an die Vogesengrenze, herrscht, hat ihre große Bedeutung, auch vom internationalen Standpunkte aus, und sie sollte man auch in Deutschland nicht unterschätzen, denn sie bildet eine jener „Imponderabilien", von denen Bismarck sprach!

Biegen oder Brechen.

Budapest, 1. April. — Die parlamentarische Krise, welche durch die Beseitigung der Kabinettskrise nicht behoben worden ist, dürfte raschestens ihren Höhepunkt erreichen. Es wird jetzt mit einer demnächstigen Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Anordnung von Neuwahlen gerechnet.

Die nationale Arbeitspartei hat sich mit der Haltung des wiederernannten Kabinetts Khuen solidarisch erklärt, welches sich in der Wehrreform-Frage infolge des mehrerwähnten ergreifenden Handschreibens des Monarchen rückhaltlos auf die Seite der Krone gestellt hat.

Dagegen erklären sich die Kossuthianer und Justhianer, welche bisher die Annahme der Wehrvorlage vereitelt haben, entschlossen, die Obstruktion fortzusetzen.

Allgemeine Aufmerksamkeit erregt eine Kundgebung des Grafen Stephen Tisza in der heutigen Sitzung der nationalen Arbeitspartei. Der ehemalige Ministerpräsident erklärte, die Regierung habe in der Behandlung der Wehrreform und bei ihrem Auftreten gegenüber der Krone durchaus richtig gehandelt.

Wie die Dinge zur Zeit liegen, wird allgemein erwartet, daß der Reichstag, dessen Tätigkeit durch eine widerhaarige Minderheit lahmgelegt ist, aufgelöst werden wird.

Budapest, 2. April. — Die Umstimmung des Kaisers Franz Joseph, welcher sich mit der Idee der Abdankung bereits völlig angefreundet hatte, soll zum nicht geringen Teil auf den Einfluß des Kaisers Wilhelm zurückzuführen sein.

Hiesige Abendblätter melden, der greise Herrscher habe den Kaiser Wilhelm, der ihn jüngst, auf der Durchfahrt nach Korfu, in Wien besuchte, vor seinem Entschluß, abzudanken, in Kenntnis gesetzt. Kaiser Wilhelm habe darauf angeblich erklärt, die Ausführung des Entschlusses sei gänzlich unmöglich. Die Abdankung des Kaisers Franz Joseph würde gerade im jetzigen Augenblick den europäischen Frieden schwer gefährden.

Erst den dringendsten Vorstellungen seitens des Kaisers Wilhelm hat dann, wie die Abendblätter hinzufügen, Kaiser Franz Joseph nachgegeben.